

JOHANN'S BLADDJE

Ausgabe 07/2022

Faktencheck zum
Bürgergeld - alle
Infos im Überblick

Bundesinnenministerin
Nancy Faeser zu Besuch
in Emden

Premiere bei der
Fragestunde im
Bundestag

Verleihung des
Keerlke-Preises

Berichte aus Berlin und aus dem Wahlkreis



INHALT

Ausgabe 07/2022

Vorwort	3
Sprach-Kitas bleiben	4
Bundeshaushalt 2023: Ampel-Koalition stärkt das THW Gelder für die Nordsee	5 6
Gelder für Ostfriesland: 3,375 Millionen Euro für die Gemeinde Hinte	7
So kommen wir durch den Winter - die Entlastungsmaßnahmen im Überblick	8
Hilfen für das Heizen mit Öl und Pellets kommen	10
Faktencheck zum Bürgergeld	11
Premiere bei der Fragestunde im Bundestag	13
Besuch der "Jungen Lüüd" in Berlin	14
Ostfriesland zu Besuch in Berlin	15
Besuch beim Johanniter-Ortsverband Aurich	16
Antrittsbesuch bei der neuen Direktorin der BAV Aurich	17
Vorlesetag bei den Regenbogensteppkes in Hinrichsfehn	18
Verleihung des Keerlke-Preises der Ostfreeske Taal	19
Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu Besuch in Emden	20
Serie: Johann, sag mal...	24
Aufruf: Stellt mir eure Fragen	25
Impressum	26

Mein mitbranner!

Nun haben wir schon wieder Dezember, bald ist Weihnachten und das Jahr wieder vorüber. Dies hier wird daher auch die letzte Ausgabe meines Newsletters in diesem Jahr sein - dafür jedoch in einem komplett neuen Design.

Auch dieses Jahr war leider, wie auch die letzten zwei Jahre schon, geprägt von Krisen. Der Jahresrückblick gestaltet sich daher nicht ganz so schön wie gewünscht, denn der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine überschattet in diesem Jahr alles.

Der 24. Februar hat uns alle erschüttert und die Auswirkungen des Krieges sind für uns alle spürbar. Die mit dem Krieg verbundene Energiekrise, die hohe Inflation und die dadurch immer höher werdenden Lebenshaltungskosten sind für viele eine große Belastung. Dennoch hat die Bundesregierung ihr Versprechen gehalten - niemand wird alleine gelassen. Wir haben in diesem Jahr drei Entlastungspakete in Höhe von 100 Milliarden Euro sowie einen 200 Milliarden Euro schweren Abwehrschirm verabschiedet, mit dem wir die ab Januar geltende Strom- und Gaspreisbremse finanzieren. Ausführliche Informationen gibt es dazu auf den Seiten 7 und 8.

Dennoch ist auch in diesem Jahr einiges Gutes passiert: Wir haben als Ampel-Koalition das Bürgergeld eingeführt und damit Hartz IV überwunden, den Mindestlohn erhöht und das Land auch in diesen schwierigen Zeiten sicher durch die Krise geführt. Die SPD hat in Niedersachsen die Landtagswahl gewonnen und ich persönlich durfte in diesem Jahr an meiner neuen Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär wachsen und viel Neues lernen.

Zum Abschluss des Jahres 2022 wünsche ich nun allen ein besinnliches Weihnachtsfest, eine ruhige Zeit mit der Familie und zu guter Letzt einen guten Rutsch in das neue Jahr 2023.

Alles Gute und viel Spaß beim Lesen!
Ihr und Euer

John S. S. S.

VORWORT





SPRACH-KITAS BLEIBEN - DER BUND STELLT 109 MILLIONEN EURO ZUR VERFÜGUNG

©Pavel Danilyuk von Pixels via Canva.com

Das Bundesfamilienministerium will das Förderprogramm "Sprach-Kitas" anders als zunächst geplant noch bis zum Sommer 2023 weiter finanzieren. Die Verlängerung stellt eine Übergangslösung dar, für die die Länder in den nächsten Monaten die Gelder erhalten. Danach sind dann die Länder in der Verantwortung, Sprach-Kitas weiterhin zu fördern und zu erhalten.

Ich bin sehr froh, dass der Bund nun eine finanzielle Brücke baut, mit der ein fließender Übergang für die Sprach-Kita-Beschäftigten ermöglicht wird. Für den Übergang stellt das Ministerium 109 Millionen Euro aus dem eigenen Etat zur Verfügung. Dafür werden Bundesmittel aus dem neuen Kita-Qualitätsgesetz umgeschichtet.

Die Sprach-Kitas werden in Zukunft noch wichtiger werden, deshalb ist es sinnvoll, aus der Projektförderung eine dauerhafte Förderung zu machen.

Mich haben in den vergangenen Wochen viele Fachkräfte aus ostfriesischen Kitas angeschrieben und ich konnte die Verunsicherung sehr gut nachvollziehen, schließlich kam die Ankündigung des Bundesfamilienministeriums zum Auslaufen der Projektförderung ziemlich kurzfristig.

Ich habe viele engagierte Fachkräfte kennengelernt, die wirklich tolle Arbeit machen. Diese Fachkräfte brauchen langfristig Sicherheit. Nun kann die neue niedersächsische Landesregierung mit den Mitteln aus dem Kita-Qualitätsgesetz die dauerhafte Finanzierung sicherstellen.

Ich freue mich sehr, dass die Sprachförderung in Kitas damit weitergehen kann.




BUNDESHAUSHALT 2023:

AMPEL-KOALITION STÄRKT DAS THW

Es war uns als Ampel-Koalition wichtig, der Bedeutung und dem Anforderungsprofil des THWs im Bundeshaushalt Rechnung zu tragen. Wir alle haben in den letzten zwei Jahren gesehen, wie das Technische Hilfswerk als Einsatzorganisation des Bundes entscheidend an der Bewältigung großer Krisen mitgewirkt hat. Schon in den letzten beiden Wahlperioden haben wir die finanzielle Ausstattung und rechtlichen Rahmenbedingungen für das THW deutlich verbessert, aber mit dem Haushalt 2023 haben wir noch etwas mehr für das THW getan. Wir haben die Selbstbewirtschaftungsmittel für die 668 Ortsverbände um 12,5 Mio. Euro angehoben. Damit stehen den Ortsverbänden auch im nächsten Jahr Mittel auf dem Rekord-Niveau von 48,77 Mio. Euro zur Verfügung, womit Einsatzfähigkeit und Arbeit im THW vor Ort stark bleiben. Der wichtige Bereich der Aus- und Fortbildung erhält 8,4 Mio. Euro zusätzlich. So können die vielen Neuzugänge beim THW möglichst zügig zu Helferinnen und Helfern ausgebildet werden. Die Zuschüsse an die THW-Jugend und an die Helfervereinigung des THW werden um 1,3 Mio. Euro erhöht.

Auf Beschluss des Haushaltsausschusses wird auch der Personalhaushalt des THW mit 40 zusätzlichen Stellen zur Einsatzunterstützung in den Regionalstellen sowie mit einer Stelle für die THW-historische Sammlung in Fulda verstärkt. Außerdem soll die Direktbeauftragungsgrenze bei THW und BKK analog zur Bundeswehr von 1.000 auf 5.000 Euro angehoben und die Ortsverbände so von Bürokratie entlastet werden.

Wir wollen möglichst gute Rahmenbedingungen für diejenigen schaffen, die sich in ihrer Freizeit für andere Menschen einsetzen und denen helfen, die Hilfe benötigen. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir uns als Ampel-Koalition in den Haushaltsberatungen trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen und knapper Haushaltsmittel so erfolgreich für diese Verbesserungen beim THW einsetzen konnten. Die Beschlüsse stärken ganz besonders die Arbeit der über 80.000 Ehrenamtlichen beim THW und damit die Einsatzfähigkeit in der Fläche.

Mehr Infos zum Bundeshaushalt
2023 gibt es hier: <http://> 

BUNDESHAUSHALT 2023:

GELDER FÜR DIE NORDSEE

©hadot von Getty Images via Canva.com

Bund startet Sofortprogramm Munitionsaltlasten

Mit dem Bundeshaushalt 2023 stellt der Bund für die kommenden Jahre 100 Millionen Euro zur Bergung und Beseitigung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee bereit.

Darüber freue ich mich sehr, denn seit Jahren habe ich mich gemeinsam mit meinen Kollegen aus der SPD-Küstengang und im Rahmen der Nationalen Maritimen Konferenzen für die Bergung von Munitionsaltlasten aus Nord- und Ostsee eingesetzt. Im Koalitionsvertrag konnten wir das Thema dann prominent mit einem Sofortprogramm verankern. Dieses Sofortprogramm ist nun auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet. 100 Millionen Euro stehen in den nächsten Jahren dafür bereit. Damit soll eine schwimmende Plattform gebaut werden, auf der die durch unbemannte ferngesteuerte Einheiten geborgenen Munition unschädlich gemacht und entsorgt werden kann.

Das ist ein großer Erfolg, schließlich rottet die Munition als tickende Zeitbombe seit Jahrzehnten vor sich hin. Schätzungen zufolge liegen heute rund 1,6 Millionen Tonnen Munition auf den Grund von Nord- und Ostsee. Ich bin froh, dass wir nun endlich damit beginnen können, diese Munition zu beseitigen.

Bund fördert Modernisierung von Wattenmeerzentren

Der Bund fördert die Modernisierung von Besucherzentren in den drei deutschen Wattenmeer-Nationalparks in den nächsten vier Jahren mit insgesamt 41,5 Millionen Euro. Etwa die Hälfte davon wird nach Niedersachsen fließen, wo es in fast allen Häusern Bedarf gibt.

Ich stehe schon länger mit der Nationalparkverwaltung in Kontakt. Ich freue mich, dass das Geld nun da ist und es losgehen kann. Das Haus in Greetsiel wurde erst in 2020 eröffnet, aber an vielen anderen Standorten gibt es Bedarf. Diese werden aktuell zusammengetragen und werden dann in den kommenden vier Jahren Schritt für Schritt abgearbeitet werden. Die Zentren sollen insgesamt noch attraktiver und öffentlichkeitswirksamer werden.

Insgesamt unterhalten die drei Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen 43 Besucherzentren im und um das Unesco-Weltnaturerbe Wattenmeer. Die 41,5 Millionen Euro aus dem Haushalt des Bundesumweltministeriums teilen sich auf in 1,5 Millionen Euro im Jahr 2022 und jeweils 10 Millionen Euro für die Jahre 2023-2026.

Mehr Infos zum Bundeshaushalt 2023 gibt es hier:

<http://>



GELDER FÜR OSTFRIESLAND:

3,375 MILLIONEN EURO FÜR DIE GEMEINDE HINTE



Der Bund fördert die Sanierung der Dreifeld-Turnhalle in der Gemeinde Hinte mit 3,375 Millionen Euro. Das Geld stammt aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" aus dem in den vergangenen Jahren schon mehrere Projekte in Ostfriesland gefördert wurden, u.a. die Sanierung des Freibades Emden-Borssum.

Ich freue mich sehr darüber, dass es für dieses Projekt der Gemeinde Hinte nun endlich geklappt hat. Die Gemeinde hatte dieses Projekt bereits im Jahr 2018 unter dem damaligen Bürgermeister Manfred Eertmoed beantragt, jetzt kommt es endlich zum Zug. Die Halle aus dem Jahr 1979 soll zu einem Sportbegegnungszentrum weiterentwickelt werden, in der neben der sportlichen Nutzung durch Vereine und Schulen auch verschiedene öffentliche Veranstaltungen stattfinden sollen. Es gab dieses Jahr mehrere gute Anträge aus Ostfriesland. Leider gab es deutschlandweit so viele Anträge, dass Ostfriesland nur dieses eine Projekt bekommen hat. Ich bin mir aber sicher, dass diese Projekte in den kommenden Antragsrunden eine Chance haben werden.



SO KOMMEN WIR DURCH DEN WINTER:

DAS DRITTE ENTLASTUNGSPAKET & DER "DOPPELWUMMS" IM ÜBERBLICK

©fauxels von Pexels via Canva.com

Wir leben aktuell in einem Multikrisenstatus. Die weltweiten Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind gravierend. Insbesondere die dadurch steigenden Energie- und Lebensmittelpreise führen zu einer anhaltend hohen Inflation. Dennoch stehen wir in Deutschland solidarisch zusammen - die Bundesregierung unter Olaf Scholz sorgt dafür, dass Energie bezahlbar bleibt und alle gut durch den Winter

Familien unterstützen:

Wir erhöhen ab Januar 2023 Kindergeld und -zuschlag auf einheitlich 250 Euro pro Kind. Auch der Kinderfreibetrag steigt 2023 und 2024 deutlich an.

Einmalzahlung für Studierende:

Mit einer Energiepreispauschale von 200 Euro entlasten wir Studierende sowie Fachschüler. Der Betrag ist steuer- und sozialversicherungs-frei und kann digital beantragt werden.

Einmalzahlung für Rentnerinnen und Rentner:

Sie erhalten eine Energiepreispauschale von 300 Euro. Der Betrag wird bis Mitte Dezember 2022 über die Rentenzahlstellen ausgezahlt und ist steuerpflichtig, nicht aber sozialversicherungspflichtig. Auch Versorgungsbeziehende des Bundes erhalten die Einmalzahlung.

Zweiter Heizkostenzuschuss:

Wer bereits Wohngeld bezieht, erhält einen zweiten Heizkostenzuschuss (415 Euro für eine Person, 540 Euro für zwei Personen, für jede weitere Person 100 Euro).

kommen. Daher wurden bereits drei Entlastungspakete in Höhe von insgesamt 100 Milliarden Euro und zudem ein 200 Milliarden Euro schwerer „Abwehrschirm“ beschlossen, mit denen wir die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen unterstützen und die Energiekosten abfedern. Auf dieser und der nächsten Seite gibt es daher einen Überblick über das dritte Entlastungspaket und den "Doppel-Wumms".

Höheres Wohngeld für mehr Berechtigte:

Das Wohngeld wird auf rund 370 Euro pro Monat verdoppelt. Künftig können es bis zu zwei Millionen Haushalte erhalten. Eine Heizkosten- und Klimakomponente wird dauerhaft ins Wohngeld integriert.

Weniger Sozialabgaben bis 2.000 Euro:

Wer einen Midijob ausübt, zahlt künftig weniger Sozialabgaben. Dazu haben wir die Midijob-Einkommensgrenze von 1.600 auf 2.000 Euro im Monat angehoben. Die Rentenansprüche bleiben dadurch unverändert.

Deutschlandticket:

Wir führen ein Deutschlandticket für 49 Euro monatlich ein. Damit kann der ÖPNV in ganz Deutschland für beliebig viele Fahrten genutzt werden.

Willst du wissen von welchen Entlastungsmaßnahmen du profitierst? Dann klicke hier:

SPD Soziale Politik für Dich.

WIE?



GRÖßERES
ANGEBOT



SOFORTHILFE



Der in der Corona-Pandemie eingeführte Wirtschaftsstabilisierungsfonds wird reaktiviert und ermächtigt für dieses Jahr Kredite in Höhe von 200 Milliarden Euro aufzunehmen. Die Nutzung der Kredite ist somit auf die Krisenbewältigung beschränkt. Das Volumen ist erheblich, gemessen an der Größe und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft aber verhältnismäßig und langfristig tragbar.

Durch die Ausweitung des Energieangebots und die Senkung des Verbrauchs wird ein zentraler Beitrag geleistet, um die Gaspreise sinken zu lassen. Dazu gehört u.a. eine Ausschöpfung des Potenzials an Erneuerbaren Energien und der beschleunigte Ausbau dieser sowie der Aufbau von LNG-Terminals. Außerdem werden die Atomkraftwerke bis zum Frühjahr 2023 am Laufen bleiben. Gleichzeitig gilt weiterhin der Appell, den Energieverbrauch zu senken.

Für private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen (unter 1,5 Kilowattstunden Gasverbrauch im Jahr) übernimmt der Bund im Dezember den Abschlag für Gas- und Fernwärme. Die Einmalzahlung dient als spürbare Entlastung, um den Zeitraum bis zur Gas- und Strompreisbremse zu überbrücken.

200 MRD.

"DOPPEL-WUMMS"

GASPREISBREMSE



Für private Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen (unter 1,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr) sowie für Vereine soll der Gaspreis ab dem 1. Januar 2023 bis April 2024 für 80% des Vorjahresverbrauchs bei 12 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt werden. Für Fernwärme gilt das Ganze für 9,5 Cent pro Kilowattstunde. Bei Industriekunden wiederum ist für 70% des Vorjahresverbrauchs ein subventionierter Preis von sieben Cent pro Kilowattstunde vorgesehen, um Produktion und Beschäftigung zu sichern. Bei höherem Verbrauch gilt der Marktpreis.

STROMPREISBREMSE



Die Strompreisbremse wird ebenfalls ab dem 1. Januar 2023 greifen. Bei Privathaushalten sowie kleinen und mittleren Unternehmen soll ein maximaler Strompreis von 40 Cent pro Kilowattstunde, ebenfalls für 80% des Vorjahresverbrauchs, gelten. Für Industriekunden liegt der maximale Strompreis bei 13 Cent für 70% des Vorjahresverbrauchs. Hierfür muss auch der Anstieg der Netzentgelte im deutschen Stromnetz gedämpft werden, da diese Bestandteil der Stromkosten sind. Für die Finanzierung sollen Zufallsgewinne von Stromproduzenten teilweise abgeschöpft werden.

NIEMAND WIRD ALLEINE GELASSEN:

HILFEN FÜR DAS HEIZEN MIT ÖL UND PELLETS KOMMEN.

© tchara von Getty Images via Canva.com

Gute Neuigkeiten aus dem Bundestag: In der letzten Zeit haben viele Bürgerinnen und Bürger geschrieben, dass sie sie als private Nutzer von Öl und Holzpellets im Rahmen der Strom- und Gaspreisbremsen leer ausgehen. Wir haben versprochen, dass wir uns im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, hier eine gerechte Lösung zu finden. Und das ist uns gelungen. Neben Gas und Strom sorgen wir jetzt auch für Hilfen bei Öl- und Pelletheizungen bzw. bei sogenannten nicht leitungsgebundenen Brennstoffen, also auch bei Briketts oder Flüssiggas. Das haben wir extra so offengelassen, damit wir allen Lebensrealitäten gerecht werden.

Für diese Hilfen bei Öl, Holzpellets und Co. stellen wir den Ländern 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Die sind auch für die Auszahlung zuständig. Das Ganze muss jetzt in den nächsten Wochen noch in eine gemeinsame Vereinbarung mit den Bundesländern gegossen werden.

Das Ganze funktioniert so:

Wenn sich Eure Rechnung im Jahr 2022 (Stichtag 1.12.) im Vergleich zum Referenzwert X mehr als verdoppelt hat und die Differenz über 100 Euro liegt (Bagatellgrenze), sollt Ihr 80 Prozent dieser Differenz über der Bagatellgrenze erstattet bekommen. Der geeignete Referenzwert wird gerade noch mit dem Statistischen Bundesamt ermittelt.

Um diese Hilfen gerecht zu gestalten, haben wir eine Obergrenze eingezogen. Privat Haushalte sollen maximal 2.000 Euro erstattet bekommen.

Weitere Infos gibt es hier:



SPD Soziale Politik für Dich.

FAKTENCHECK ZUM BÜRGERGELD

© PeopleImages von Getty Images Signature via Canva.com

Mit dem neuen Bürgergeld, das zum 1. Januar 2023 wird, bringen wir eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20 Jahre auf den Weg. Damit überwinden wir Hartz IV, bringen den Sozialstaat auf die Höhe der Zeit und sorgen für mehr Sicherheit, mehr Chancen und mehr Respekt. Obwohl durch die Blockade durch die Union einige Änderungen vorgenommen und ein Kompromiss ausgehandelt werden musste, bedeutet die Reform immer noch einen echten Wandel im Umgang

mit Menschen im Leistungsbezug. Wir setzen auf den Abbau von Bürokratie, eine Kultur der Augenhöhe und des Respekts und mehr nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Da leider immer noch viele Falschinformationen über das Bürgergeld kursieren, die vor allem durch die Kampagne der Union vermehrt an Zulauf bekommen haben, werden auf den nächsten Seiten die wichtigsten Informationen richtiggestellt.

WAS ÄNDERT SICH GRUNDLEGENDE MIT DEM BÜRGERGELD?

Wer bekommt das Bürgergeld?

Wer bisher Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld hatte, wird künftig einen Anspruch auf Bürgergeld haben. Hierfür müssen keine neuen Anträge gestellt werden.

Karenzzeit für Wohnen und Vermögen

Wer künftig auf Bürgergeld angewiesen ist, soll in dem ersten Jahr das Ersparnis behalten dürfen. So muss das Vermögen erst ab 40.000 bzw. jeweils weitere 15.000 Euro für alle anderen in der Bedarfsgemeinschaft angetastet werden. Die Kosten für Wohnung und Heizung werden in diesem Zeitraum übernommen. Diese Regelungen gelten bereits seit Beginn der Pandemie, und haben sich bewährt: Gerade in den ersten beiden Jahren des Leistungsbezugs finden mehr als die Hälfte der Menschen wieder Arbeit. Daher sollen diese Regelungen auch künftig gelten - damit die Menschen den Kopf frei haben für die Suche nach einem Job, statt sich um einen Umzug in eine günstigere Wohnung bemühen zu müssen. Zudem ist es

ungerecht, wenn Menschen, die jahrelang gearbeitet haben, ihre hart erarbeiteten Ersparnisse anrechnen müssen. Wir wollen, dass private Rücklagen und vor allem auch die Alterssicherung erhalten bleiben.

Nach der einjährigen Karenzzeit gilt ein zukünftig ein Schonvermögen von 15.000 Euro, das Leistungsbezieher behalten dürfen. Neue Regelungen für die Altersvorsorge ermöglichen es zukünftig, dass diese unangetastet bleibt und gerade Selbstständige und Frauen, die am stärksten von Altersarmut betroffen sind, mehr ersparte Rücklagen für ihr Alter behalten können.

Höhere Regelsätze

Das Bürgergeld soll die Grundsicherung für Arbeitsuchende grundlegend erneuern. Die Pandemie und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine haben zu starken Preiserhöhungen geführt. Um eine existenzsichernde Höhe der Regelsätze sicherzustellen, ist daher eine angemessene Erhöhung der Regelsätze geboten. Diese werden daher für Alleinstehende um mehr als 50 Euro auf 502 Euro steigen.

FAKTENCHECK ZUM BÜRGERGELD

© PeopleImages von Getty Images Signature via Canva.com

Höhere Freibeträge

Wir wollen die grundlegende Erfahrung verstärken, dass Arbeit auch im Geldbeutel einen Unterschied macht: Wer zwischen 520 und 1000 Euro verdient, soll künftig mehr von seinem Einkommen behalten können. Die Freibeträge in diesem Bereich werden auf 30 Prozent angehoben. Zudem werden die Freibeträge für Schülerinnen und Schüler, Azubis oder Studierende auf 520 Euro erhöht.

Bildung first - Ausbildung vor Aushilfsjob!

Mit dem Bürgergeld soll auch die berufliche Weiterbildung stärker gefördert werden. Wichtigstes Instrument ist hier ein Weiterbildungsbonus in Höhe von monatlich 150 Euro für berufliche Weiterbildungen.

Stimmt es, dass es mit dem Bürgergeld keine „Sanktionen“ mehr gibt?

Nein. Auch von Menschen, die Bürgergeld beziehen, erwarten wir, dass sie mitarbeiten, um wieder in Arbeit vermittelt zu werden. Wer die Zusammenarbeit komplett verweigert und gar nicht mitmacht, dem können weiterhin Leistungen gekürzt werden. Kommt es wieder zur Kooperation, wird die Leistungskürzung wieder aufgehoben. Leistungskürzungen sollen wirklich nur noch als letztes Mittel genutzt werden. Auch im Hartz-IV-System waren lediglich drei (!) Prozent der Leistungsbezieher von Sanktionen betroffen - die absolute Mehrheit hält sich also an die Regeln und macht mit.

"Lohnt sich Arbeiten überhaupt noch?"

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass jeder Mensch sein Leben selbst gestalten und sich eine gesicherte Existenz aufbauen möchte. Dennoch kursieren immer noch viele Berechnungen, die das Bürgergeld und geringe Einkommen vergleichen und so zeigen wollen, dass sich Arbeit nun nicht mehr lohnen würde.

So gehen viele dieser Rechnungen etwa bei einer vierköpfigen Familie von einem alleinverdienenden Elternteil aus und rechnen Leistungsansprüche wie Wohngeld oder Kinderzuschlag, die Geringverdienende zusätzlich bekommen, nicht mit ein, sodass eine falsche Summe herauskommt. Trotzdem ist es richtig zu sagen, dass die Löhne dringend steigen müssen. Hier müssen Arbeitgeber stärker in die Verantwortung genommen und auch Elemente wie die Tarifbindung weiter gestärkt werden.

Klar ist: Arbeit lohnt sich und wird sich auch weiterhin immer lohnen.

„Warum arbeiten die (Bürgergeldempfänger) denn nicht?“

Menschen im Leistungsbezug sind keineswegs „faul“. Solche Aussagen sind stigmatisierend. Fast ein Viertel dieser Personen sind erwerbstätig, müssen aber dennoch Sozialleistungen beziehen, da ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. Hierzu zählen insbesondere alleinerziehende Mütter, die beispielsweise aufgrund von Tätigkeiten im Niedriglohnsektor und/oder unzureichender Infrastruktur für Kinderbetreuung Unterstützung brauchen. Viele Langzeitarbeitslose hingegen haben oft keinen Schul- oder Berufsabschluss. Auch haben viele Personen im Leistungsbezug mit „Vermittlungshemmnissen“ zu kämpfen, da sie aufgrund ihres Alters oder gesundheitlichen Einschränkungen kaum eingestellt werden. Wie überall im Leben gibt es auch unter Menschen im Leistungsbezug vermutlich einzelne Ausnahmen, doch ist klar, dass die überwiegende Mehrheit dieser Gruppe auf unsere Unterstützung und Solidarität angewiesen ist.

Mehr Infos zum Bürgergeld gibt es hier:

SPD Soziale Politik für Dich.



PREMIERE BEI DER FRAGESTUNDE IM BUNDESTAG

Es gab auch eine ganz besondere Premiere für mich: Ich durfte in der Fragestunde im Deutschen Bundestag in meiner Rolle als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat die Ministerin vertreten. Somit stand ich einigen Abgeordneten eine Stunde lang Rede und Antwort. Das war eine ganz besondere Erfahrung für mich, an die ich mich noch lange zurückerinnern werde.

Angesichts einiger Fragen aus der AfD-Fraktion zum Thema Migration habe ich eine Sache in meinen Antworten deutlich werden lassen - nämlich, dass das Wort "Würde" eben nicht nur ein Konjunktiv ist, sondern, dass die Würde aller Menschen gleichermaßen unantastbar ist und alle Menschen auch so zu behandeln sind, ganz gleich woher sie kommen.

Unter dem folgenden Link könnt ihr die Fragestunde ansehen:

<https://www.bundestag.de/dokumente/te xtarchiv/2022/kw45-de-fragestunde-917418>



BESUCH DER "JUNGEN LÜÜD" IN BERLIN

Mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlamentskreis „Plattdeutsch“ habe ich mich im November mit den „jungen Lüüd“ vom Niederdeutschsekretariat im Deutschen Bundestag zu einem Mittagessen getroffen. Das Niederdeutschsekretariat hatte zuvor junge Plattsprecherinnen und Plattsprecher unter 35 Jahren zu dieser Fahrt nach Berlin eingeladen. Sie bekamen so die Chance, uns Abgeordneten ihre Wünsche mitzuteilen. So kam eine Gruppe aus vielen tollen jungen Menschen zusammen, die sich alle mit der plattdeutschen Sprache intensiv auseinandersetzen.

Im Vorhinein hatte die Gruppe die „Berliner Verklören“ in verfasst, ein Schreiben in dem sie ihre Anliegen und Wünsche als junge Menschen in

Bezug auf Niederdeutsch festgehalten haben. Wir haben eine ganze Weile konstruktiv miteinander diskutiert und viele tolle Vorschläge zur Frage, wie wir die Plattdeutsche Sprache im norddeutschen Raum weiter fördern können, gesammelt. Ich bedanke mich ganz herzlich für euren Besuch - ik bün mi seker, mitnanner könnt wi leep wat schaffen!

*Mehr Infos zu der Arbeit des
Niederdeutschsekretariates gibt es hier:*



niederdeutschsekretariat



Bunnsraat för
Nedderdütsch &
Niederdeutschsekretariat



OSTFRIESLAND ZU BESUCH IN BERLIN



Die 11. Klasse des Max-Windmüller-Gymnasiums

Auch wenn nicht jede Woche im Deutschen Bundestag eine Sitzungswoche stattfindet, ist dennoch immer gut was los und Besuchergruppen sind sowieso immer herzlich willkommen.

Im November besuchte daher eine Schulklasse aus dem 11. Jahrgang des Emdener Max-Windmüller-Gymnasiums den Bundestag. Nachdem die 19 Schülerinnen und Schüler und ihre zwei Lehrkräfte einen Vortrag auf der Besuchertribüne zur Arbeitsweise des Bundestags angehört hatten, trafen sie mein Team aus meinem Bundestagsbüro zu einer kleinen Fragestunde. Ich selbst konnte leider nicht anwesend sein, da mein Kalender in der Woche mit Terminen im Wahlkreis gut gefüllt war. Das macht aber auch gar nichts, denn so wie ich gehört habe verging die Stunde trotzdem wie im Fluge. Dies lag vor allem daran, dass die Schülerinnen und Schüler viele interessante Fragen vorbereitet hatten.

So ging es unter anderem um meinen Werdegang und meine aktuellen Aufgaben, um die Arbeit im Bundestag als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und um die Frage, welche Qualifikationen man denn überhaupt dafür bräuchte.

Ich bin mir sicher, dass der Gruppe das Gespräch genauso viel Spaß gemacht hat wie meinem Team, denn so bekamen die Schülerinnen und Schüler mal einen ganz anderen Blick „hinter die Kulissen“. Abschließend gab es dann noch das obligatorische Foto auf dem Dach des Reichstages.

Vielen Dank für Euren Besuch, ich hoffe, dass ihr viel mitnehmen konntet.

Wenn auch Ihr mich mal im Bundestag besuchen möchtet, informiert euch gerne auf meiner Website:





BESUCH BEIM JOHANNITER ORTSVERBAND AURICH


Vor einigen Wochen habe ich in meinem Wahlkreis den Johanniter Ortsverband Aurich besucht. Dort traf ich mich mit Helene Frieden, der dortigen Dienststellenleiterin sowie Markus Weber, dem Leiter der Flüchtlingsunterkunft der Johanniter.

Nachdem wir uns zuerst über die aktuelle politische Lage ausgetauscht hatten ging es im weiteren Gesprächsverlauf vor allem um die Rolle von Hilfsorganisationen im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Mir war es sehr wichtig hervorzuheben, dass wir Helferinnen und Helfer im Katastrophenfall am besten unterstützen können, indem wir uns selbst nicht unnötig in Gefahr begeben, sondern uns bestmöglich einige Tage selbst versorgen.

Ein Thema, welches den Johannitern unter den Nägeln brannte, war die Weiterführung der Integrationskurse. Die Durchführung selbst sei nicht das Problem, es fehle nur eine zentrale Räumlichkeit die für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gut zu erreichen sei.

Es ist für unsere Gesellschaft unheimlich wichtig, dass Hilfsorganisationen wie die Johanniter unterstützt werden und bestehen bleiben, denn sie leisten wertvolle Arbeit für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, indem sie Hilfe leisten, wenn ihre Hilfe am dringendsten benötigt wird.

Danke, dass ich euch besuchen durfte - ich freue mich schon auf zukünftige Termine mit euch!

A man and a woman are standing in front of a glass entrance of a building. The man is on the left, wearing a dark suit and a light blue shirt, with his hands clasped in front of him. The woman is on the right, wearing a black blazer over a patterned dress and glasses, also with her hands clasped. The background shows a modern building with large glass windows reflecting the street and trees. The text 'ANTRITTSBESUCH BEI DER NEUEN DIREKTORIN DER BUNDES-ANSTALT FÜR VERWALTUNGS-DIENSTLEISTUNGEN' is overlaid in large white capital letters.

ANTRITTSBESUCH BEI DER NEUEN DIREKTORIN DER BUNDES- ANSTALT FÜR VERWALTUNGS- DIENSTLEISTUNGEN

Anfang November traf ich Ruth Mülder-Springer, die neue Direktorin der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV), zum Antrittsbesuch in Aurich. Frau Mülder-Springer übernimmt die Leitung der BAV in Aurich als Nachfolgerin von Klaus Frerichs, der in den Ruhestand gegangen ist.

Die BAV ist die einzige Bundesbehörde, die ihren Hauptsitz in Aurich hat. Hier beschäftigt sie etwa 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und kümmert sich um zahllose Aufgaben für das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV). Hierzu zählen die Aufgabenbereiche Personal, Organisation und Interne Revision. Auch kümmert sich die BAV um die Abwicklung von Förderprogrammen des Bundes.

In dem Gespräch mit Frau Mülder-Springer wurde deutlich, dass die Behörde momentan intensiv daran arbeitet, sich weiter für die Zukunft aufzustellen. Da es auch mir ein Anliegen ist, den Sitz der BAV in Aurich zukunftsfähig zu gestalten und zu erhalten, habe ich abschließend angeboten, der Behörde bei möglichen Problemen und Fragen auch zukünftig zur Seite zu stehen.

Vielen Dank für das gute Gespräch, ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit.

Weitere Infos zur Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen gibt es hier:



VORLESETAG BEI DEN REGENBOGENSTEPPKES IN HINRICHSFEHN



Gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Wiesmoor, Sven Lübbers, war ich im Rahmen des Bundesweiten Vorlesetages zu Gast im Kindergarten Regenbogensteppkes im Wiesmoorer Ortsteil Hinrichsfehn.

Der Bundesweite Vorlesetag ist eine Initiative der Stiftung Lesen, der Zeit und der Stiftung Deutsche Bahn, um durch Besuche von bekannten Persönlichkeiten in Kindergärten und Schulen das Vorlesen wieder mehr in den Fokus zu rücken.

Kita-Leitung Martina Gerken nutzte die Gelegenheit, um mir die Einrichtung zu zeigen, deren Krippengruppe mit Bundesfördermitteln vor einigen Jahren an den Kindergarten angebaut werden konnte. Danach gingen Sven Lübbers und ich in die Gruppen, um den Kindern vorzulesen. Ich las unter anderem aus dem bekannten und beliebten Kinderbuch "Der Grüffelo" vor. Zum Dank bekam ich von den Kindern noch zwei Martini-Lieder vorgesungen.

Genau wie in den letzten Jahren auch war es mir wieder sehr wichtig, am Bundesweiten Vorlesetag teilzunehmen. Gemeinsames Vorlesen verbindet und schafft Nähe. Außerdem ist es auch eine wichtige Voraussetzung zur Förderung der Sprache bei Kindern. Ich habe als Vater von fünf Kindern das Vorlesen zuhause immer sehr genossen. Deshalb möchte ich gemeinsam mit dem Bürgermeister Sven Lübbers Öffentlichkeit schaffen, um Eltern und Großeltern zu motivieren, ihren Kindern und Enkelkindern mehr vorzulesen.

Nehmt auch ihr als Eltern, Großeltern und sonstige Familienangehörige es zum Anlass, den Kindern wieder mehr vorzulesen. Studien zeigen nämlich, dass jedes fünfte Kind nie vorgelesen bekommt - das ist eine äußerst bedenkliche und traurige Entwicklung, an der sich dringend etwas ändern muss.





VERLEIHUNG DES KEERLKE-PREISES DER OSTFRIESKE TAL

Am 18. November wurde ich von dem Verein "Ostfreeske Taal" mit dem Keerlke-Preis ausgezeichnet. Keerlke ist eine aus Ton geschaffene Figur, welche nach der Romanfigur in Wilhelmiene Siefkes großem Roman "Keerlke" benannt ist. Mit dem Preis wird jedes Jahr seit 1993 eine Person ausgezeichnet, die sich genau wie der Verein auch, mit besonderem Einsatz für den Erhalt und die Förderung der plattdeutschen Sprache einsetzten.

Nachdem ich bei der diesjährigen Preisverleihung zuerst selbst die Festrede halten durfte, bekam ich den Preis dann von Hans Freese, dem Vorsitzenden der Ostfreeske-Taal, überreicht. Ich habe mich riesig über diese Auszeichnung gefreut, wird der Keerlke-Preis doch oft als "ostfriesischer Oscar" bezeichnet.

Mir war es schon in meiner Zeit als hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Krummhörn ein großes Anliegen, die plattdeutsche Sprache in die Räte und die Politik zu bringen und zu fördern. Dasselbe gilt für meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter, denn auch dort mache ich mich seit Jahren für die Förderung und den Erhalt von sogenannten "Minderheitensprachen" stark, beispielsweise indem ich plattdeutsche Redewendungen in meine Bundestagsreden einbaue. Denn Dütschland word neet armer dör anner Spraaken, Dütschland word rieber - un doarup mutten wi stolt wesen.

Darum bin ich nun auch mächtig stolz auf "meinen" Keerlke-Preis, und bedanke mich bei allen die sich mit mir genauso sehr für das Plattdeutsche einsetzen.



BUNDESINNENMINISTERIN NANCY FAESER ZU BESUCH IN EMDEN

Mein Terminkalender war am Freitag, den 25. November prall gefüllt und ich kann sagen, dass dieser Tag sicherlich zu meinen Highlights des Jahres gehört. Denn, auf meine Einladung hin war meine "Chefin" und Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu Besuch in Emden. Anlass hierfür war das Emdener Kaufmannsmahl, welches zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie wieder stattfinden konnte. Die Ministerin nahm sich jedoch den halben Tag Zeit, um zusätzlich zum Kaufmannsmahl einige Termine in Emden wahrnehmen zu können. So besuchten wir das Bundespolizeirevier, die Kunsthalle und das THW und führten insgesamt sehr konstruktive Gespräche, wie auf den folgenden Seiten ausgeführt ist. .

Nach diesen drei Terminen ging es kurz zu einer kleinen "Verschnaufpause" mit einigen Mitgliedern der Emdener Kaufmannschaft bei der IHK, wo die Ministerin ausführlich zu dem von ihr geplanten neuen Einwanderungsgesetz berichtete, in dem unter anderem eine Erleichterung für die Einbürgerung und Zuwanderung von Fachkräften vorgesehen ist, und damit auf ausschließlich positive Resonanz stieß. Zum Abschluss des Tages ging es dann zum schließlich zum Emdener Kaufmannsmahl, wo die Ministerin erneut mit ihren Worten überzeugte.





BESUCH BEIM BUNDESPOLIZEIREVIER

Zuerst ging es zum Bundespolizeirevier Emden. Dort erhielten wir umfangreiche Informationen zur Bundespolizeiinspektion Bad Bentheim, wozu die Bundespolizei Emden ebenfalls gehört. Außerdem wurden uns die grenzpolizeilichen Aufgaben an der Schengen Außengrenze im Seehafen Emden vorgestellt.

Im weiteren Gespräch ging es auch um die damit einhergehenden Besonderheiten im grenzüberschreitenden Seeverkehr, wozu beispielsweise grenzpolizeiliche Kontrolle des offshore Verkehrs zu Luft und Wasser oder auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Allgemeinen gehört.



BESUCH BEI DER KUNSTHALLE EMDEN



Ein Besuch bei der Kunsthalle in Emden durfte natürlich auch nicht fehlen. Dort angekommen, wurden wir von Eske Nannen, der Stifterin sowie ehemaligen Geschäftsführerin und heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Stiftung "Henri und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo", von Michael Kühn, dem kaufmännischen Direktor der Kunsthalle, sowie von Lisa Felicitas Mattheis, der wissenschaftlichen Direktorin der Kunsthalle, begrüßt.

Nach der Begrüßung führte uns Frau Mattheis durch die aktuelle Ausstellung "Nolde & Rohlf", die bis zum 21. Februar 2023 in der Kunsthalle zu sehen ist. Die Ausstellung zeigt die Werke der beiden Nord-deutschen Emil Nolde (1867-1956) und Christian Rohlf (1849-1938), die beide zu den wichtigsten Vertretern des Expressionismus zählen.

Eine sehr empfehlenswerte Ausstellung, da die Werke in Zusammenhang mit den Biografien der Künstler auch eine historisch-politische Perspektive eröffnen. Zum Abschluss zeigte uns Frau Nannen noch eine alte Ausgabe des Magazins "Stern", dessen Gründer ihr verstorbener Ehemann und Stifter der Kunsthalle, Henri Nannen, war.

Weitere Infos zur Kunsthalle Emden gibt es hier:





BESUCH BEIM THW EMDEN

Im Anschluss stand ein Besuch beim THW Emden auf dem Plan. Dort wurden wir durch den Ortsbeauftragten des THW Emden, Michael Eilers, und dessen Landesbeauftragten, Manuel Almanzor, in Empfang genommen.

Der THW-Ortsverein Emden engagiert sich besonders im Hochwasserschutz und der Deichverteidigung. In dem Zusammenhang nutzten die Helferinnen und Helfer die Chance, um der Ministerin zu zeigen, welche speziellen Techniken und Methoden sie bei diesen Einsätzen anwenden.

Während des Gesprächs und einer Führung durch die Halle war es der Ministerin und mir ein wichtiges Anliegen, uns nochmal ausdrücklich beim THW und den ehrenamtlichen Helfern für ihre Arbeit zu bedanken. Das THW leistet in unserer Gesellschaft sehr wichtige Arbeit, sodass wir unsere Wertschätzung gar nicht genug zum Ausdruck bringen können.

Außerdem haben wir uns über den Neubau des THW Emden unterhalten, denn dieser ist aufgrund des in die Jahre gekommenen Gebäudes unbedingt notwendig.



JOHANN SAG MAL, WIE BIST DU EIGENTLICH BUNDESTAGS-ABGEORDNETER GEWORDEN?

In meiner neuen Videoreihe "Johann sag mal.." beantworte ich in den Sozialen Medien regelmäßig eure Fragen. Um auch diejenigen ohne Instagram, Facebook & Co. daran teilhaben zu lassen, wird es auch in meinem Newsletter ab sofort jeweils eine Antwort in schriftlicher Form geben.

©andreas160578 von pixabay via Canva.com

Ursprünglich war ich gelernter Verwaltungsmensch, ich kannte mich also mit der Verwaltung relativ gut aus. Zudem bin ich schon in jungen Jahren auch in der Jugendorganisation der SPD gewesen. Ich war vor allen Dingen bei den Falken aktiv, später dann auch kurz bei den Jusos. Einige Jahre später war mir eigentlich ziemlich schnell klar, dass ich mich auch in der SPD auf lokaler Ebene nochmal einbringen möchte.

Ich komme aus einem sozialdemokratischen Haus, von daher habe ich damals auch nicht lange überlegt, ob vielleicht eine andere Partei zu mir gepasst hätte. So bin ich dann 1989 in die SPD eingetreten und habe gedacht, dass ich mich so dann auf regionaler Ebene einsetzen kann und versuchen kann auf dieser Ebene unsere Werte durchzusetzen. Hauptberuflich war ich eben in einer Verwaltung tätig, denn zuletzt war ich Personalleiter der Hochschule in Emden.

Plötzlich kam dann der Moment, in dem die SPD-Fraktion im Gemeinderat der Gemeinde Krummhörn einen Bürgermeisterkandidaten suchte. Das war für mich natürlich eine optimale Kombination: Auf der einen Seite Verwaltungserfahrung und auf der anderen Seite eine politische Herkunft zu haben und für die Menschen einschätzbar zu sein. Ich habe mich dann beworben und die SPD-Fraktion hat sich entschieden, mich als Kandidaten aufzustellen.

So bin ich dann auch zum hauptamtlichen Bürgermeister der Gemeinde Krummhörn gewählt worden, das war im Jahr 2003.

Damals habe ich mich schon gewundert, wenn bei öffentlichen Veranstaltungen Menschen zu mir kamen und sowas sagten wie: "Ja ihr Politiker müsst ja auch daran denken, dass...", und so weiter. Denn ich habe mich gar nicht als Politiker gefühlt, sondern eher als Chef einer Verwaltung, für die ich verantwortlich war. Ich war natürlich auch Ratsmitglied und damit irgendwie auch Politiker. Das änderte sich dann jedoch endgültig im Jahr 2013, als ich Bundestagsabgeordneter wurde. Mein ehemaliger Schulkollege Garrelt Duin war Bundestagsabgeordneter für unseren Wahlkreis und ist dann Minister in NRW geworden. Da kam die SPD doch relativ schnell auf die Idee, dass es doch gut wäre, wenn ich kandidieren würde.

Mit meinem Einzug in den Bundestag im Jahr 2013 war es dann auch so, dass ich natürlich seitdem auch Politiker von Beruf her bin. Jetzt kann ich auch sagen, dass ich auch vom Wesen her "Vollblutpolitiker" bin, der sich mit Freude dafür einsetzt, dass unsere sozialdemokratischen Werte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch ihren Platz finden.

STELLT MIR EURE FRAGEN



johann.saathoff.ma06@bundestag.de

Für mich ist es die größte Ehre, als direkt gewählter Abgeordneter hauptberuflich Politik machen zu dürfen und mich für Eure Interessen im Deutschen Bundestag einzusetzen.

Trotzdem ist es bei der Fülle an Terminen gar nicht so einfach, stets einen möglichst detaillierten Einblick in meine Arbeit zu gewährleisten. Der Ein oder Andere stellt sich daher sicherlich auch mal die Frage, was meine Aufgaben denn eigentlich so sind oder wie ich zu einem bestimmten politischen Thema stehe. Ich gebe mir stets die größte Mühe, immer ein offenes Ohr für eure Anliegen zu haben.

Um dennoch einen noch transparenteren Einblick in meine Arbeit zu geben, möchte ich eine neue Videoreihe ins Leben rufen. In dieser Videoreihe möchte ich Rede und Antwort stehen und die Fragen beantworten, die euch am meisten interessieren. Ob Fragen zu meinen Aufgaben als Bundestagsabgeordneter und als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium oder zum tagespolitischen Geschehen - alle Fragen sind erlaubt.

Schickt mir eure Fragen gerne jederzeit per Mail an: johann.saathoff.ma06@bundestag.de

Ich werde eure Fragen sammeln und sie dann nach und nach auf meinen Social-Media-Kanälen beantworten - ich bin gespannt auf eure Einsendungen!

Folgt mir gerne bei Instagram und Facebook:



j.saathoff



Johann Saathoff





Frohe Festtage
und einen
guten
Rutsch ins
neue Jahr!

Folgt mir im Web:



SPD
Fraktion im
Bundestag

Redaktion

Tomke Juilfs, Torsten Stein,
Kornelia Urban und Sabine Zimmerman

Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1 11011 Berlin
Telefon: 030-227-73155
Fax: 030- 227-70155
E-Mail: johann.saathoff@bundestag.de
Web: www.johann-saathoff.de